



Antragsteller: SPD Fraktion

Antragsdatum: 14.04.2025

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturentwicklung		<input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss	23.04.2025
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten		<input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung	30.04.2025
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten		<input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr		<input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit		<input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	

Antragsgegenstand:

Aufhebung des Lokalen Teilhabeplans (StVV OB-005/17) und Erarbeitung eines neuen Aktionsplans zur Inklusion

Inhalt des Antrages:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Aufhebung des bestehenden Plans:
Der Beschluss (StVV OB-005/17) des „Lokalen Teilhabeplans zur Umsetzung der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen – Ein Cottbus für Alle“ vom 28.03.2018 wird aufgehoben.
2. Erarbeitung eines neuen Aktionsplans:
Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Oberbürgermeister, einen neuen Aktionsplan zur Inklusion zu erstellen bzw. erstellen zu lassen, welcher ausschließlich freiwillige Aufgaben umfasst. Diese Aufgaben sollen durch ein Inklusionsgremium benannt und fraktionsübergreifend abgestimmt werden.
3. Fortschreibung des Plans:
Der neue Aktionsplan wird jährlich fortgeschrieben, um Aktualität und Flexibilität zu gewährleisten.
4. Berichterstattung:
Eine regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung des neuen Aktionsplans wird im Fachausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte der Minderheiten eingeführt.

(weiter auf Seite 2)

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebus hat am 28.03.2018 den „Lokalen Teilhabeplan zur Umsetzung der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen “Ein Cottbus für Alle“ beschlossen (StVV OB-005/17). Trotz der ambitionierten Zielsetzung hat sich herausgestellt, dass der Plan mit seinen über 150 Maßnahmen in der Praxis nicht umsetzbar ist.

Die Hauptursache liegt darin, dass der Plan sowohl Pflichtaufgaben, Aufgaben Dritter als auch freiwillige Aufgaben umfasst. Diese Vermischung führt zu Unklarheiten bei der Priorisierung und Umsetzung der Maßnahmen.

Mit diesem Beschluss wird der Weg für einen realistisch umsetzbaren Aktionsplan geebnet, der nachhaltig zur Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Cottbus beiträgt.

Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift

- Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

- Tagung am: TOP:
Anzahl der **Ja**-Stimmen:
Anzahl der **Nein**-Stimmen:
Anzahl der **Stimmenthaltungen**: